

Bundeswehr – Sanierungsfall oder außenpolitisches Instrument?

Sicherheitspolitisches Forum NRW

Friedrich-Ebert-Stiftung

11. März 2015, Bonn

Im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Sicherheitspolitisches Forum NRW“ lud das Landesbüro NRW der Friedrich-Ebert-Stiftung am Abend des 11. März zum inhaltlichen Meinungsaustausch ein. Dieser Einladung folgten nicht nur die geladenen Referenten und Podiumsdiskutanten, sondern auch ca. 200 politisch interessierte Bürger. Inhaltlich ging es im Wesentlichen, um den kausal verbundenen Fragendreiklang: 1. Auf welche Herausforderungen sollte Deutschland sich vorbereiten? 2. Welche Rolle soll die Bundeswehr dabei einnehmen? 3. Wie machen wir die Bundeswehr fit für diese Aufgaben?



Oberstleutnant Thomas Sohst, Generalleutnant Erhard Bühler, Hans-Joachim Schaprian, Dirk Vöpel MdB, Marco Seliger

Bereits in der Eröffnungsrede wies Moderator **Hans-Joachim Schaprian** auf das aktuelle Spannungsfeld hin. Darüber hinaus sei noch nicht absehbar, welche weiteren Herausforderungen in der näheren Zukunft noch dazu kämen. Es stellte sich deshalb bereits früh die Frage, ob die strategische Ausrichtung der Bundesregierung zur aktiveren Außen- und Sicherheitspolitik mit den zur Verfügung gestellten Ressourcen für die Streitkräfte der Bundeswehr überhaupt möglich sei. So leitete Schaprian mit der Frage „Was kann und was soll die Bundeswehr leisten?“ den ersten Vortrag durch **Generalleutnant Erhard Bühler** ein.



Der Abteilungsleiter Planung im Bundesministerium der Verteidigung äußerte viel Verständnis für Kritik an den Mängeln bezüglich mangelnder Ressourcen in vielen Ressorts der Bundeswehr, welche „zweifelsohne bestehen“, trotzdem erinnerte Generalleutnant Böhler an die Stärken der Truppe, die in „vielen Spezialdisziplinen“ zu der besten Bundeswehr aller Zeiten gezählt werden könne. Ein Hauptproblem der Bundeswehr identifizierte Böhler bei den umzusetzenden Reformintervallen. In den „letzten 25 Jahren galt es, 5 Bundeswehrreformen“ zu implementieren, welche so schnell

aufeinander folgten, dass die entsprechenden Vorgängerreformen oftmals noch nicht zu 100% vollendet werden konnten, bevor bereits die nächste Richtlinie eingeleitet werden sollte. Zudem sei ein Investitionsstau entstanden, der folgerichtig mit unmittelbaren Auswirkungen auf Personal und Material einhergeht. Verbesserungspotenzial sieht Generalleutnant Böhler in einer effizienteren bürokratischen Struktur. Ferner regte er die Umstrukturierung der Etatplanung seitens der Politik an. Konkret wünschte er sich, die Übernahme der Budgetgelder in das nächste Haushaltsjahr zu ermöglichen. Planungen und Großprojekte wären in der Folge besser durchzuführen.

Marco Seliger, Chefredakteur vom Loyal-Magazin für Sicherheitspolitik und Autor der Frankfurter Allgemeinen Zeitung griff diesen Punkt ebenfalls in seinem Vortrag auf, indem er darauf hinwies, dass eine Institution wie die Bundeswehr Planungssicherheit benötige, die Geldgeber in Form von politischen Akteuren jedoch allzu oft in „Wahlperioden rechnen und denken“ würden. Die breite Aufstellung der Bundeswehr kommentierte Seliger sowohl materiell als auch strategisch mit kritischen Worten. So fasste er zusammen: „Wir haben von allem etwas, aber nichts



richtig.“. Dementsprechend seien zu viele verschiedene Aufgaben, denen die Bundeswehr nachkommen soll, nicht so umsetzbar, wie es wünschenswert wäre. Das bisweilen breite Sortiment an Waffensystemen bezeichnete der Journalist als so teuer, dass allein die Instandhaltung der alten Systeme in einem schlechten Kosten-Nutzen-Verhältnis stehen

würde. Wichtig ist es laut Seliger vor allem die technologischen Trends der Zukunft zu erkennen, um eine Armee des 21. Jahrhunderts aufzubauen, die in „Zukunft ein sinnvolles außen- und sicherheitspolitisches Instrument“ bleiben kann. Damit beantwortete er zugleich die veranstaltungsbezogene Fragestellung, indem er die Bundeswehr sowohl als Sanierungsfall als auch als außenpolitisches Instrument bezeichnete.



Der dritte Referent des Abends, **Oberstleutnant Thomas Sohst**, Landesvorsitzender West Deutscher Bundeswehrverband, lobte gleich zu Beginn das breite Interesse an Sicherheitsfragen innerhalb Nordrhein-Westfalens. Aktuelle Debatten über die Bundeswehr bedürfen vor allem ein „Mindestmaß an Sachlichkeit“, bei welchem die „pure Interessenvertretung in Verbindung mit populistischen Forderungen nicht zielführend ist“. Angesichts der finanziell angespannten Situation seien trotzdem richtige Ansätze wie zum Beispiel das „Bundeswehr-Attraktivitätssteigerungsgesetz“ zu erkennen.

Abgeschlossen wurde die Vortragsreihe von dem Bundestagsabgeordneten **Dirk Vöpel MDB**, Mitglied im Verteidigungsausschuss der Deutschen Bundestages. Auch SPD-Abgeordneter Vöpel interpretierte die aktuelle Situation der Bundeswehr als Herausforderung, die jedoch auch perspektivisch stets eine Herausforderung bleiben werde, da Veränderungen der sicherheitspolitischen Weltlage ebenfalls einem ständigen Wandel unterliegen. Daher ist die transparente Suche nach effizienteren Unterhaltungsmöglichkeiten der Streitkräfte notwendig.



Explizit nannte Vöpel das Beispiel einer möglichen europäischen Armee.

In der anschließenden Podiumsdiskussion stellten sich die Referenten den kritischen Fragen und Anmerkungen der Zuhörerschaft. Dabei wurde vor allem die Diskrepanz zwischen den Grundsatzfragen, „Was soll die Bundeswehr überhaupt leisten?“ und „Wenn wir wissen was sie leisten soll, wie kann sie dies am besten tun?“, deutlich. Die Formulierung des gesellschaftlichen Willens über diese Frage ist deshalb als zentraler Kernpunkt von allen

Podiumsdiskutanten bestätigt worden. Das hypothetische Zukunftsmodell von europäischen Streitkräften würde zwar ökonomische Vorteile bieten, dennoch sei "vorab noch ein langer Weg zu beschreiten". Kurzfristig stellt ein solches Modell deshalb keine Möglichkeit dar.



Als **Fazit** resümierte Moderator Hans-Joachim Schaprian, dass neue Kriege neue Herausforderungen mit sich bringen, mit denen sich die Bundeswehr stets auseinandersetzen muss. Die Aufklärung hinsichtlich der Frage darüber, was die Bundesrepublik Deutschland mit der Bundeswehr erreichen möchte, ist dabei ein elementarer Punkt, dem sowohl die Bundeswehr als auch die Politik allein nicht gerecht werden kann. Ein gesamtgesellschaftlicher Diskurs ist hierfür nötig.

Langfristig soll ein Modell der europäischen Streitkräfte angestrebt werden. Bereits gemachte Erfahrungen in anderen Politikfeldern lassen jedoch ausschließlich auf ein fernes Ziel schließen, welches kurz- und mittelfristig keine Alternative bildet. Auf die aktuelle Situation bezogen, lassen sich kurzfristig nur innersystemische Strukturen verändern beziehungsweise optimieren, um die Leistungsfähigkeit der Bundeswehr zu steigern oder mindestens aufrechtzuerhalten. Dies soll im besten Fall durch noch mehr Transparenz und Austausch zwischen den verschiedenen politischen, militärischen und zivilgesellschaftlichen Akteuren begleitet werden.

Text: Nils Twellmann

Redaktion: Martin Weinert, Landesbüro NRW der Friedrich-Ebert-Stiftung